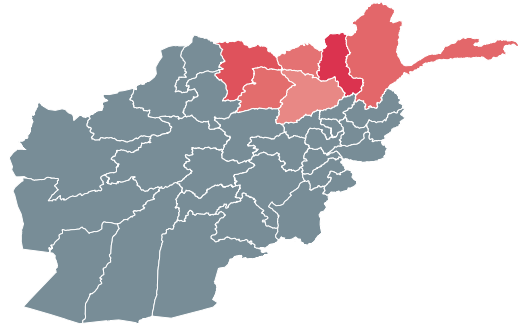


Deutsche Zusammenarbeit mit Afghanistan

Förderung subnationaler Regierungsstrukturen



Situation

Von den rund 32 Millionen Afghaninnen und Afghanen leben rund zwei Drittel im ländlichen Raum. Sie benötigen Zugang zu Infrastruktur und Basisdienstleistungen, damit sie zur Entwicklung ihres Landes beitragen können; andernfalls gehen regionale Potenziale verloren. Zur Stabilisierung des Landes sind funktionsorientierte Regierungs- und Verwaltungsstrukturen notwendig, die in der Lage sind, die Grundbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger zu sichern. Dies gilt vor allem für abgelegene Provinzen und Distrikte, in denen der Zentralstaat bisher kaum präsent ist.

Ziel

Die Provinz- und Distriktverwaltungen in den sechs Nordprovinzen planen und setzen ihre Entwicklungsvorhaben eigenständig um. Die öffentlichen Verwaltungen handeln selbstverantwortlich,

transparent und entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung. Das Vertrauen der Menschen in die Legitimität und die Funktionsfähigkeit des Staates hat sich dadurch erhöht.

Maßnahmen & Wirkung

Seit Juli 2014 finanziert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) das Vorhaben Förderung subnationaler Regierungsstrukturen (RCD) in Afghanistan, welches aus dem im Jahr 2010 aufgesetzten Regionalen Strukturentwicklungsfonds (RCDF) hervorgegangen ist.

Damit unterstützt die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH die afghanische Regierung in vier Handlungsfeldern bei der Verbesserung ...

1. der Rahmenbedingungen für subnationale Regierungsführung;
2. der Kapazitäten von Verwaltungen in Provinzen und Distrikten;
3. der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft auf subnationaler Ebene;
4. der Katastrophenvorsorge in Badakhshan.

Überblick	
Programm	Förderung subnationaler Regierungsstrukturen (RCD) Laufzeitende März 2018
Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Partner	Finanzministerium (MoF) Unabhängiges Direktorat für lokale Regierungsführung (IDLG); Unabhängige Kommission zur Reform; des öffentlichen Sektors (IARCSC) Ministerium für ländlichen Wiederaufbau und Entwicklung (MRRD); Ministerium für Information und Kultur (MoIC); Ministerium für Frauenangelegenheiten (MoWA)
Durchführungsorganisationen	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH; KfW
Provinzen	Badakhshan, Baghlan, Balkh, Kunduz, Samangan, Takhar
Programmziel	Die Legitimität und die Funktionsfähigkeit staatlicher Organe und die Erbringung staatlicher Dienstleistungen sind verbessert.



700 Schulungen für über **32.500**
Beamtinnen und Beamte, Verwaltungsangestellte
und Mitglieder von Provinzräten (seit 2011)

Die KfW implementiert seit 2010 als Schwestervorhaben des RCD den Regionalen Infrastrukturentwicklungsfonds (RIDF). Dieser richtet die Aufmerksamkeit auf die Bereitstellung von Infrastruktur, baut oder saniert unter anderem Straßen, Bewässerungsanlagen und Schulen. RCD und RIDF kooperieren eng miteinander, nutzen dieselben Entscheidungsgremien und führen gemeinsam technische Fortbildungsmaßnahmen für Ingenieurinnen und Ingenieure der Provinzbehörden durch.

Politikberatung auf nationaler Ebene

Durch Beratung und Begleitung des RCD auf nationaler Ebene konnte eine neue Politik für subnationale Regierungsführung formuliert werden. Der RCD unterstützt außerdem die Umsetzung der neu formulierten Provincial Budgeting Policy. Darüber hinaus wird das Unabhängige Direktorat für lokale Regierungsführung (IDLG) bei der Umsetzung und praktischen Ausgestaltung der Aufsichtsfunktion der Provinzräte unterstützt.

Zusammenarbeit mit Provinz- und Distriktverwaltungen

Das Vorhaben unterstützt die zuständigen afghanischen Behörden und deren dezentrale Verwaltungen dabei, die jeweiligen Provinz- und Distriktentwicklungspläne auszuarbeiten sowie die Kapazitäten von leitenden Staatsangestellten zu stärken. Zu diesem Zweck werden Fortbildungen angeboten, in denen Verwaltungsbeamtinnen und -beamte ihre Kompetenzen erweitern. Dabei kommt der Abstimmung mit der nationalen Regierungsebene eine wichtige Rolle zu, um die nachhaltige Umsetzung der Projektaktivitäten sicherzustellen.

Seit Juli 2010 wurden etwa 700 Fortbildungen für insgesamt über 32.500 Beamtinnen und Beamte, Verwaltungsangestellte sowie Mitglieder der Provinzräte, darunter rund 8.700 Frauen, durchgeführt. Die Schulungen umfassten Themen wie Projektplanung und Antragstellung, Berichtswesen, Rechenschaftslegung, Monitoring und Evaluierung, Personal- und Büromanagement, Korruptionsbekämpfung, Gleichberechtigung von Männern und Frauen, Bürgerrechte und Bürgerpflichten sowie Instandsetzung von Infrastruktur und Ingenieurwesen. Die Fortbildungsmaßnahmen wurden durch die Bereitstellung von Verwaltungsgebäuden für die Provinz- und Distriktbehörden ergänzt. Zudem wurde Basisinfrastruktur für die Bevölkerung errichtet und instandgesetzt. Insgesamt wurden durch RCD und dessen Vorgängervorhaben bisher 81 Bau- und Renovierungsmaßnahmen umgesetzt.

Verbesserung der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft

Provinz- und Distriktverwaltungen sowie Provinzräte werden bei der Erstellung von Informationsmaterialien begleitet, damit die Bevölkerung besser über das Regierungshandeln Bescheid weiß. Zudem werden bestimmte Behörden wie z. B. Einwohnermeldeämter dabei unterstützt, ihre Dienstleistungen effektiver zu erbringen. Mit Unterstützung des Vorhabens führen Distriktverwaltungen öffentliche Informations- und Konsultationsveranstaltungen durch. Die Regierung hat hier die Möglichkeit,



195 Öffentlichkeitsmaßnahmen, die ca. **27.300** Menschen über Regierungshandeln auf Distrikt- und Provinzebene aufklärten (seit 2011)

Rechenschaft abzulegen, und bespricht mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern geplante Entwicklungsmaßnahmen. Die Bevölkerung beteiligt sich aktiv an diesen Veranstaltungen, die damit den Dialog zwischen Regierung und Bevölkerung fördern.

In einem weiteren Schritt sollen zukünftig in ausgewählten Provinzen Feedbackmechanismen zwischen Behörden und der Bevölkerung eingerichtet werden, um diesen Prozess zu institutionalisieren. Die Anhörungen und Informationskampagnen haben seit 2011 rund 27.300 Menschen erreicht.

Katastrophenvorsorge in Badakhshan

Seitdem die Provinz Badakhshan 2014 von verheerenden Naturkatastrophen erschüttert wurde, unterstützt die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Provinzbehörden dabei, die Auswirkungen von Naturkatastrophen zu minimieren. Dabei geht es nicht nur um effiziente Hilfe nach einer Naturkatastrophe, sondern vor allem um Katastrophenprävention.

Grundlage der gemeinsamen Arbeit ist eine Risikolandkarte. Diese veranschaulicht, welche Gemeinden dem Risiko von Überschwemmungen, Schneelawinen und Erdbeben in besonderem Maße ausgesetzt sind. Internationale und nationale Experten schulen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zuständigen Behörden, mit dieser Risikokartierung zu arbeiten. Zusammen mit anderen Trainings wurden vom Vorgängerprogramm Prävention von Naturkatastrophen in Badakhshan (BNDP) insgesamt 90 Fortbildungsmaßnahmen durchgeführt.

In den vier Fokusedistrikten Kofab, Khwahan, Shahr-e Buzurg und Shukai wurden die Partner zudem bei der Umsetzung von sieben Infrastruktur- sowie sechs Aufforstungsmaßnahmen intensiv beraten. Mit den bisher 13 durchgeführten Bauprojekten, darunter Flutschutzmauern und Bewässerungskanäle, hat sich die Infrastruktur zur Krisenprävention deutlich verbessert. Auch in Zukunft wird der Fokus auf diesen besonders gefährdeten Distrikten liegen. Dort gewonnene Erfahrungen sollen verstärkt mit den entsprechenden Institutionen in anderen Provinzen und in Kabul geteilt werden.

Stand Januar 2017

Kontakt:

Dr. Rexane Rasmussen

Leiterin des Programms „Förderung subnationaler Regierungsstrukturen“ in Afghanistan
E rexane.rasmussen@giz.de

Durchgeführt von:
تطبيق کنندہ:

giz Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

KfW